der Bezeichnung „Fachanwalt für Medizinrecht“ für wünschenswert hält) oder ob diese Konzeption zugunsten einer eher praktikerbezogenen Konzeption aufgegeben wird.

DOI: 10.1007/s00350-010-2621-5

Die Leistungsbeziehungen der gesetzlichen Krankenversicherung im Lichte des europäischen Wirtschaftsrechts.

Von Marc Röbbke. Verlag Dr. Kovač, Hamburg 2009, 424 S., kart., 98,00 €

Die gesetzliche Krankenversicherung (GKV) ist keine Sonderwirtschaftszone, die gegen die Einflüsse des europäischen Wirtschaftsrechts immun wäre. In der Wechselwirkung von Normen des mitgliedstaatlichen Sozialrechts und der sozialrechtsrelevanten Normen des EG-Wirtschaftsrechts entsteht ein integriertes, von Grund auf europäisiertes Wirtschaftssozialrecht. Dessen wirtschaftsrechtliche Komponenten haben gleichwohl eine bleibende Eigenbedeutung, die dogmatisch reflektiert werden muss.

Marc Röbbke legt eine Studie vor, die sich insoweit als solide Bestandsaufnahme mit punktuellen Problemvertiefungen erweist. Im Wesentlichen geht es um zwei anhaltend brisante thematische Felder: die grenzüberschreitenden Gesundheitsdienstleistungen (S. 15–221) und das Verhältnis des Leistungserbringerrechts zum EG-Kartell- und zum EG-rechtlich vorgeprägten Vergaberecht (S. 223–354). Die relevante Spruchpraxis insbesondere des EuGH, aber auch der deutschen Sozialgerichte, Vergabekammern und Vergabesenate wird rekapituliert. Nicht nur die Dienstleistungsfreiheit, sondern – was in der Diskussion seltener geschieht – auch die Niederlassungsfreiheit wird betrachtet (S. 196 ff.). Die EG-koordinationssozialrechtlichen und die insbesondere auf § 13 Abs. 4 SGB V bezogenen Implikationen werden sehr eingehend erläutert (S. 168 ff., S. 177 ff.). Die Ausführungen zum Kartellrecht kreisen um den Unternehmensbegriff und damit um die Frage, ob bzw. inwieweit die Krankenkassen Unternehmen sind.

Auch das Beihilfenrecht gerät ins Blickfeld (S. 292 f., S. 304 ff.). Art. 86 Abs. 2 EGV (jetzt: Art. 106 Abs. 2 AEÜV), der in der GKV-bezogenen Diskussion zu wenig Beachtung findet, kommt immer wieder ins Spiel (S. 99 f., S. 237 f., S. 295 ff., S. 306 ff.). Breiten Raum nimmt die Frage ein, ob die Krankenkassen an das in mitgliedstaatliches Recht umgesetzte EG-Vergabe(richtlinien)recht gebunden sind (S. 308 ff.). Die Arbeit nimmt hier insbesondere die Schlüsselbegriffe

„öffentlicher Auftraggeber“ und „öffentlicher Auftrag“ näher unter die Lupe und greift auch die durch das GKV-OrgWG erfolgte Neuregelung des gerichtlichen Rechtsschutzes bei versorgungsbezogenen Vergaben in der GKV auf (S. 347 ff.). Vorschläge zur Neukonfiguration des Verhältnisses von GKV-Recht und EG-Wirtschaftsrecht runden die Studie ab (S. 357 ff.; s. auch S. 210 ff.; s. dazu auch Röbbke, MedR 2009, 79 ff.).

Die meisten Fragen, denen die Arbeit nachgeht, sind in den letzten Jahren bereits weidlich auf vergleichbarem Problematisierungsniveau thematisiert worden. Zunehmend erscheinen deshalb Studien, die sich der intensiven Analyse dogmatischer Einzelprobleme widmen. Wer bspw. erfahren will, welches dogmatische Potential der Unternehmensbegriff (nicht nur im Hinblick auf Arzneimittel-Rabattverträge) hat und wieso die diesbezügliche Rechtsprechung des EuGH, soweit es um Träger sozialer Sicherungssysteme geht, inkonsistent ist, wird eher die Studie von Sebastian Kluckert „Gesetzliche Krankenkassen als Normadressaten des Europäischen Wettbewerbsrechts“ (2009) zu Rate ziehen, ein exzellentes Beispiel mikroskopisch argumentierender Tiefendogmatik mit zugleich großem Gespür für Praxisrelevanz.

Röbbkes gut lesbare Studie bevorzugt leider zu oft einen Argumentationsstil, der das aufkeimende Bedürfnis nach vertieften Antworten teilweise mit beachtlichem Selbstbewusstsein zu überspielen sucht. Dazu gehört auch eine eher approximative Sichtung der relevanten Literatur. Die meisten Aufsätze zur beihilfenrechtlichen Problematik der Krankenhausfinanzierung (vgl. S. 304 ff.) wurden bspw. nicht ausgewertet (Cremer, GesR 2005, 337 ff.; ders., ZIAS 2008, 198 ff.; Knütel/Schweda/Giersch, EWS 2008, 497 ff.; Koenig/Vorbeck, GesR 2007, 347 ff.; Koenig/Paul, EuZW 2008, 359 ff.). Im Literaturverzeichnis fehlen zudem maßgebliche Monographien der letzten Jahre, etwa Katja Fahlbusch „Ambulante ärztliche Behandlung in Europa“ (2006), ein Werk, das Maßstäbe gesetzt hat (dazu Rixen, ZESAR 2006, 475 f.), oder die große Studie „Gesundheitspolitische Handlungsspielräume der Mitgliedstaaten im europäischen Gemeinschaftsrecht“ (2006) aus der Feder von Sibylle Dünnes-Zimmermann. Die „kritische Würdigung“ der EuGH-Rechtsprechung (s. die Überschrift S. 39) wäre im Lichte dieser Studien, nicht zuletzt mit Blick auf die Kontroverse Sachleistungsprinzip vs. Kostenerstattung, möglicherweise anders ausgefallen. Dafür, dass Eberhard Eichenhofers „Sozialrecht der Europäischen Union“ (3. Aufl. 2006) – das Standardwerk schlechthin – nicht berücksichtigt wurde, gibt es keinen vernünftigen Sachgrund.

Die Studie empfiehlt sich als erste Einführung in das weite Themenfeld einschließlich seiner aktuellen rechtspolitischen Implikationen. Wer in unbekannte Tiefen gehende, also neue Argumente sucht, wird selten fündig. Wer aber, getreu dem Motto „bekannt und bewährt“, eine Überblicksdarstellung der EG-wirtschaftssozialrechtlichen Dogmatik für den anwendungsorientierten Alltag zu finden hofft (und neuere Entwicklungen im Beihilfen-, Kartell- und Vergaberecht ergänzend zur Kenntnis nimmt), wird zu Genüge mit juristisch Verlässlichem belohnt.

Prof. Dr iur. Stephan Rixen,
Kassel, Deutschland